

HNA HOG

STICHWORT

Weltkulturerbe
ohne Windräder

Weitere Vorgaben des Regionalplans Energie sind folgende:

- **Weltkulturerbe.** Im Bergpark Bad Wilhelmshöhe darf wegen der Klassifizierung als Weltkulturerbe kein Windpark errichtet werden.
- **Hallendächer.** Bei künftigen großen Gewerbegebieten soll die Hälfte der Dachflächen mit Fotovoltaik bestückt werden.
- **Fracking.** Die Erkundung und Gewinnung von Gasvorkommen durch Fracking wird ausgeschlossen. (hog)

Umzingelung verboten

Regionalplanung: Windkraftanlagen dürfen Orte nicht zu sehr belasten

VON HOLGER SCHINDLER

KASSEL. Eine Umzingelung von Ortschaften durch Windkraftanlagen soll es in Nordhessen künftig nicht geben. Das hat der Planungsausschuss der Regionalversammlung in seiner Sitzung am Montag in Kassel einstimmig beschlossen. Bestätigt wurden die bereits gültigen Mindestabstände von 1000 Meter von Windparks zur Wohnbebauung, bei Einzelgehöften müssen die 200 Meter hohen Windräder mindestens 600 Meter Abstand halten.

Das Umzingelungsverbot geht auf Stellungnahmen während der ersten Offenlegung des Regionalplanentwurfs zur Windkraft im Jahr 2013 zurück. 12 500 Bürger hatten sich damals zu den geplanten Windvorranggebieten geäußert.

Langfristige Planung

Das Verbot wurde im Arbeitskreis Energie ausführlich diskutiert und wird nun in die langfristige Planung aufgenommen. Welche Flächen im Einzelnen unter das Umzingelungsverbot fallen, ist noch offen. Der Ausschuss entscheidet darüber am Donnerstag, 6. November, ab 10 Uhr in seiner öffentlichen Sitzung in der Mehrzweckhalle Vellmar-Frommershausen.

„Viele Menschen haben uns geschrieben“, sagte Susanne Linnenweber, Dezernentin für Regionalplanung beim Regierungspräsidium Kassel, der HNA am Rande der Sitzung. Von dem neuen Umzingelungsverbot seien aber wohl nur wenige Flächen betroffen.

Festgelegt wurde, dass in jedem Einzelfall geprüft werden muss, ob eine Umzingelung vorliegt. Wenn ja, dann soll die Belastung durch Änderung des Flächenzuschnitts oder Streichung von Windkraftflächen verhindert werden.

Von Umzingelung sei auszugehen, wenn eine Ortslage im Fünf-Kilometer-Radius von einem (fiktiven) Ortsmittelpunkt von einer mehr als 120 Grad einnehmenden Windfläche be-



Protest gegen Windpark: Die Bürgerinitiative Lebenswertes Helsa demonstrierte. Foto: Schindler

troffen ist, heißt es in dem Beschluss. Bei mehreren Windparks werden die Flächen aufsummiert.

Flächen im Norden sollen nachrangig behandelt werden, da Wohngebäude meist nach Süden ausgerichtet sind. Flächen in einer Entfernung zwischen drei und fünf Kilometer sollen schwächer berücksichtigt werden als eine Belastung im Nahbereich zwischen einem und drei Kilometer.

Öffentliche Sitzung

Etwa 30 Zuhörer verfolgten die öffentliche Sitzung im Hermann-Schafft-Haus. Vertreter der Bürgerinitiative „Lebenswertes Helsa“ protestierten gegen die 14 geplanten Rotoren in zwei Windparks südlich und westlich von Helsa. Man wolle den Bau „verhindern oder verzögern“, sagte Hans-Peter Themann aus der Fachwerkgemeinde. Ob Helsa unter das Umzingelungsverbot fällt, muss noch geklärt werden.

Infos im Internet: www.rp-kassel.hessen.de (Erneuerbare Energien bzw. Regionalversammlung Nordhessen)

STICHWORT / HINTERGRUND



Nicht zu nahe: Windräder wie hier bei Langenthal dürfen die Anwohner nicht zu sehr belasten. Ein Umzingelungsverbot soll dies verhindern. Im Diemeltal und entlang der westfälischen Landesgrenze stehen Windräder bereits in kilometerlangen Reihen.

Foto: Thiele/unterstützt von Charterflug-kassel.de

HINTERGRUND

16 600 Hektar für Windkraftanlagen

Im Regionalplan Energie werden die Windvorrangflächen rechtswirksam festgelegt. Nur auf diesen Flächen dürfen künftig große Windräder errichtet werden. Andererseits besteht seitens von Investoren ein Anspruch darauf, hier Rotoren aufzustellen, solange keine anderen Gründe entgegenstehen.

Nach einem Beschluss der Landesregierung müssen zwei Prozent der Landesfläche für Windkraft reserviert werden, das sind in Nordhessen 16 600 Hektar. Man liege mit der Planung knapp über der 2-Prozent-Marke, sagte Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke (CDU) während der Sitzung. (hog)